

Wahlmanifest der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG)

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Bundestagswahl 2005 die Linkspartei zu wählen. Denn zur neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre gibt es nun eine Alternative. Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

1. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Wir brauchen eine Stärkung der Kaufkraft der Beschäftigten und ihrer Familien. Die Arbeitseinkommen folgen dem Produktivitätszuwachs und Preissteigerungen. Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt.

Wir sind für ein umfangreiches und längerfristig angelegtes öffentliches Zukunfts-Investitionsprogramm. Gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir deutliche Arbeitszeitverkürzungen.

2. Stärkung der öffentlichen Finanzen durch gerechte Steuern

Wir wollen die progressive Besteuerung aller Einkommensarten auf Grundlage einer vollständigen Erfassung der unternehmerischen Gewinneinkommen und aller anderen Kapitalerträge. Wir treten ein für eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes, für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer.

3. Für einen solidarischen Sozialstaat

Wir wollen eine solidarische BürgerInnenversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger werden in die Versicherungspflicht einbezogen. Die paritätische Finanzierung zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen wird beibehalten, die Kapital- und Vermögenseinkommen werden in die Beitragbemessung einbezogen.

Nach der Kranken- und Pflegeversicherung muss auch die Rentenversicherung mittelfristig auf alle Erwerbstätigen erweitert werden.

4. Arbeitslosigkeit statt Arbeitslose bekämpfen

In der Arbeitslosenversicherung muss das Arbeitslosengeld für langjährig Versicherte nötigenfalls deutlich länger als ein Jahr gezahlt werden. Im Anschluss muss wieder wie vor Hartz IV Arbeitslosenhilfe gezahlt werden. Gleichzeitig muss die Arbeitslosenversicherung arbeitsresistent gemacht werden.

5. Kapitalmacht begrenzen

Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen werden ausgebaut. Aktienoptionen für Manager werden verboten. Bei Unternehmensfusionen werden Belegschaftsabstimmungen durchgeführt. Die Regulierung und Kontrolle auf den Finanzmärkten wird ausgebaut. Die wachsenden Ansprüche der Eigentümer und Aktionäre auf leistungslose Einkommen sind durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen. Die Steuerbefreiung bei Beteiligungsverkäufen wird zurückgenommen. Die internationalen Währungsverhältnisse und Kapitalströme müssen kontrolliert werden. Wir fordern die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen und einen konsequenten Kampf gegen Steueroasen.

6. Nein zur Privatisierung

Wir sind gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Versorgung der Menschen mit Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung, Bildung und öffentlichen Transportmitteln ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

7. Hochwertige Bildung für alle, Chancengleichheit voran bringen

Wir wollen ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen und keine Privatisierung der Bildung. Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen. Wer nicht ausbildet, muss zahlen.

Die Gleichstellung von Männern und Frauen gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft. Jede Erwerbsarbeit muss sozialversicherungspflichtig sein, damit Frauen während ihres Arbeitslebens auch

Rentenansprüche erwerben und einen Krankengeldanspruch haben.

Die über 7 Millionen Menschen mit Behinderungen sowie die etwa 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger mit einer chronischen Erkrankung, sind besonders benachteiligt.

8. Stärkung der Bürgerrechte

Wir lehnen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden ab. Die Menschenrechte sind unantastbar. Wir stehen für einen entschiedenen Kampf gegen alle Formen offener und verdeckter politischer Korruption und Bereicherung. Wir treten für mehr Demokratie ein. Volksbefragungen und Volksentscheide sind zentrale Instrumente zur Durchsetzung weitgehender direkter Demokratie.

9. Europa ist mehr als eine Freihandelszone

Wir sind für ein demokratisch organisiertes, soziales und friedliches Europa und lehnen daher die vorliegende EU-Verfassung in ihrer neoliberalen und sehr begrenzt demokratischen Ausrichtung ab.

Wir sind gegen eine Militärmacht Europa. Wir sind für die Anhebung der europäischen Sozialstandards, ein europäisches öffentliches Infrastrukturprogramm und steuerliche Mindestsätze.

10. Für Frieden und Solidarität

Wir lehnen die Aufrüstung der NATO, der EU-Streitkräfte und der Bundeswehr ab. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen »Krieg gegen den Terrorismus« eingesetzt werden. Wir sind gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr unter der Flagge der EU sowie gegen jegliche Unterstützung von Kriegseinsätzen der USA oder anderer Länder im Irak oder anderswo. Völkerrecht und Genfer Konvention müssen eingehalten werden. Wir setzen uns für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen und Entwicklung von Sicherheitspartnerschaften ein. Die Entwicklungshilfe muss auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts entsprechend den UN-Forderungen angehoben werden.

Im Zentrum unserer Politik stehen die Erhaltung und die grundlegende Erneuerung des Sozialstaates.

Eine Regierungsbeteiligung ist nur denkbar, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel auf der Basis unseres Gründungsprogramms führt. Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen, die Sozialabbau betreibt oder sie tolerieren.

Jede Zusammenarbeit mit neonazistischen und anderen rechtsgerichteten Parteien oder Gruppierungen lehnen wir ab.

Wählt die Linkspartei und damit die KandidatInnen der WASG!

Mehr Informationen, gibt es im Internet unter www.w-asg.de

Mitmachen – Mitglied werden

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“:

Bitte deutlich schreiben!!!

Vorname / Name:

männlich / weiblich:

Straße / Hausnummer:

Postleitzahl / Ort:

Staat / Bundesland:

Geburtsdatum / Nationalität:

Telefon (mit Vorwahl):

Telefax (mit Vorwahl):

Mobil-Nr.:

e-Mail:

Ich bin Mitglied des Vereins (!) WASG

ja nein

Ich möchte Mitglied des Vereins (!) WASG bleiben

ja nein

Meine aktuelle berufliche Situation:

erwerbstätig nicht erwerbstätig erwerbslos
 Schüler/in Student/in Rentner/in

Monatlicher Beitrag:

Orientierungsgröße ist 1% des Nettoeinkommens.

.....
Der Mindestbeitrag für Menschen ohne Erwerbseinkommen beträgt 1,- Euro.

Zahlungsweise: monatlich / vierteljährlich / halbjährlich / jährlich per Dauerauftrag / Überweisung / Lastschrift*

*Bitte die Ermächtigung zum Lastschriftverfahren ausfüllen und mitsenden.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit der erfassten Daten über meine Person. Die Partei **Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative** speichert, verarbeitet und nutzt diese Daten mit Hilfe von Computern ausschließlich zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben.

Ort / Datum / Unterschrift

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten, sowie besondere Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen, religiöse, philosophische Überzeugungen usw.) einverstanden.

Ort / Datum / Unterschrift

Senden an: **WASG - Die Wahlalternative**
Königswarter Straße 16, 90762 Fürth
Telefax: 0911 / 78073-11, Tel.: 0911 / 78073-10

Ermächtigung zum Beitragseinzug im Lastschriftverfahren

Vorname, Name

Bank

Blz, Kontonr.

Kontoinhaber

Hiermit ermächtige ich widerruflich die Partei **„Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“**, den jeweils von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Der Einzug soll **monatlich / vierteljährlich / halbjährlich / jährlich** jeweils im Voraus erfolgen.

Ort / Datum / Unterschrift

Wir brauchen Geld!

Anders als die etablierten Parteien haben wir keine reichen Sponsoren und auch noch kein Geld aus der staatlichen Parteifinanzierung. Wir sind dringend auf Spenden und Beiträge angewiesen. Parteispenden und Beiträge werden bis zu 825 / 1650 Euro (Ledige/Ehegatten) jährlich zur Hälfte bei der Steuererklärung erstattet. Darüber hinaus gehende Beträge können als Sonderausgaben abgesetzt werden.

Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative
Konto 457 700 000 BLZ 760 800 40 Dresdner Bank Nürnberg

Wahl- manifest

zur
Bundestagswahl
2005

Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative

WASG
Die Wahlalternative

www.w-asg.de